Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 26.09.2013

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen
Herr Bürgermeister Helling
Frau Bürgermeisterin Schrader

CDU

Herr Nettelstroh Fraktionsvorsitz

Frau Brinkmann, P.

Frau Grünewald

Herr Henrichsmeier

Herr Hoffmann

Herr Jung

Frau Kammeier

Herr Kleinesdar

Herr Kleinkes

Herr Krumhöfner

Herr Lux

Herr Meichsner

ab 17:20 Uhr (TOP 3)

Frau Niederfranke

Herr Nolte

Frau Osthus

Herr Röwekamp

Herr Rüter

Herr Strothmann

Herr Prof. Dr. von der Heyden

Herr Weber

Herr Werner

SPD

Herr Fortmeier Fraktionsvorsitz

Frau Biermann

Frau Brinkmann, D.

Herr Franz

Frau Gorsler

Herr Grube

Herr Hamann

Frau Klemme-Linnenbrügger

Herr Kranzmann

Herr Lufen

Herr Nockemann

Herr Pläßmann

Frau Schneider

Herr Sternbacher

Herr Suchla

Herr Dr. Tsapos
 Frau Viehmeister
 Herr Wandersleb bis 18:55 Uhr (TOP 18)
 Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage Fraktionsvorsitz
 Herr Geil
 Herr Grün
 Herr Gutknecht
 Frau Hellweg
 Frau Keppler ab 17:10 Uhr (TOP 2)
 Frau Pfaff
 Herr Rees
 Frau Dr. Schulze

Die Linke

Frau Schmidt Fraktionsvorsitz
 Frau Ilgün ab 17:10 Uhr (TOP 2)
 Herr Ocak
 Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Buschmann Fraktionsvorsitz
 Herr Bolte
 Frau Burkert
 Herr Sander

BfB

Herr Schulze
 Herr Delius

Bürgernähe

Herr Schmelz

Fraktions- und gruppenlose Ratsmitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Erster Beigeordneter Kähler	Dezernat 5
Frau Horstmeier	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Kricke	Büro des Rates
Frau Grewel	Büro des Rates
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Schlüter	Presseamt

Nicht anwesend:

Herr Julkowski-Keppler	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Ober	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. van Norden	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Hölscher	Geschäftsführung Fraktion Die Linke
Herr Dr. Kerbein	Geschäftsführung FDP-Fraktion
Frau Aksamit	Mitarbeiterin CDU-Fraktion
Herr Krüger	Mitarbeiter CDU-Fraktion

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Clausen erklären sich die Ratsmitglieder mit den Film- und Tonaufnahmen für das Westfalen Blatt, den WDR und für Radio Bielefeld einverstanden.

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Clausen fasst der Rat zur Tagesordnung folgenden

Beschluss:

Folgende Punkte werden von der Tagesordnung abgesetzt:

**TOP 6 „Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Bielefeld zum 31.12.2011“,
Drucksache 6211/2009-2014**

**TOP 13 „Verlagerung der Unterbringung von Flüchtlingen von den bestehenden Objekten Teichsheide 12a - 16a und Stadtring 79/79a in das Haus Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b“,
Drucksache 6015/2009-2014**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung vom 18.07.2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6227/2009-2014

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 18.07.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2**Mitteilungen****Zu Punkt 2.1****Haushalt 2013/2014**

Herr Oberbürgermeister Clausen gibt ergänzend zu seiner Mitteilung im Rat am 18.07.2013 folgende Informationen:

a. Das Gewerbesteueraufkommen bleibe noch deutlicher hinter dem

Ansatz zurück als bisher angenommen. Mit einem erwarteten Aufkommen in 2013 von 182,5 Mio. € werde der Ansatz von 203,8 Mio. € voraussichtlich um 21,3 Mio. € (= rd.10 %) verfehlt. Das Gros der Abweichung lasse sich einigen wenigen Gewerbesteueradressen zuordnen und beruhe jeweils auf branchen- bzw. unternehmensspezifischen Entwicklungen.

- b. Die Schlüsselzuweisungen des Landes würden im Gegenzug deutlicher als bisher angenommen steigen. Statt der erwarteten Steigerung von 20,3 Mio. € könne nach der ersten Modellberechnung des Landes mit einer Steigerung von 43,1 Mio. € bezogen auf die Ansätze, die im Haushalt 2013 für 2014 geplant seien, gerechnet werden.
- c. Insgesamt sei er nach wie vor zuversichtlich, einen genehmigungsfähigen Haushalt für 2014 aufstellen können. Der Konsolidierungsbedarf bleibe aber angesichts des Defizits und der Verschuldung weiter bestehen, weshalb er mit dem Verwaltungsvorstand parallel zum Haushalt weitere Konsolidierungsprojekte verfolgen werde.

Zu Punkt 2.2 Sanierung des Freibades Gadderbaum

Zum weiteren Verfahren berichtet Herr Oberbürgermeister Clausen, dass das Freibad Gadderbaum aufgrund des Ergebnisses des Bürgerentscheids nunmehr teilsaniert werden müsse. Das Abstimmungsergebnis des Bürgerentscheids, für den eine Beteiligungsquote von 55 % erreicht worden sei, werde nach vorheriger Befassung im Bürgerausschuss dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur ordentlichen Feststellung vorgelegt. Die Projektierung und Umsetzung der Teilsanierung laufe über die Bielefelder Bäder- und Freizeit GmbH (BBF) und die Stadtwerke Bielefeld GmbH. Hinsichtlich der Finanzierung in Höhe von 2,4 Mio. Euro prüfe er verschiedene Möglichkeiten. In Betracht komme eine Kreditfinanzierung. Da wegen des bestehenden Kreditdeckels die Summe der Investitionskredite nicht erhöht werden dürfe, müssten andere bisher vorgesehene kreditfinanzierte Investitionsprojekte gestrichen oder verschoben werden. Geprüft werde auch, ob eine Finanzierung über eine Umlage möglich sei. Aufgrund der Verpflichtung, das Abstimmungsergebnis des Bürgerentscheids entgegen der mehrheitlichen Auffassung des Rates umsetzen zu müssen, ergebe sich eine ungewöhnliche Situation, der sich alle als Demokraten gemeinsam stellen sollten. Er beabsichtige daher, die Vorsitzenden der Fraktionen zeitnah zu einem Gespräch zu bitten, um eine Abstimmung über das weitere Vorgehen zu ermöglichen.

Zu Punkt 2.3 Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern hier: Erstaufnahmeeinrichtung Südring

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass die Unterbringung von Asylbewerberinnen/Asylbewerbern in drei Phasen erfolge:

1. In der Erstaufnahmeeinrichtung verblieben die Asylbewerber/-innen in der Regel weniger als eine Woche. Hier würden die Antragstellung und die Anhörung beim Bundesamt erledigt.
2. Danach würden sie in einer Anschlusseinrichtung bis zu drei Monaten untergebracht. In dieser Zeit werde insbesondere überprüft, ob der Asylantrag nicht offensichtlich unbegründet ist.
3. Danach erfolge die Zuweisung in eine Kommune unter Beachtung des landesweiten Verteilungsschlüssels.

Bielefeld sei seit 2011 wieder Standort einer Erstaufnahmeeinrichtung, die von einem Dienstleister am Südring betrieben werde und eine Kapazität von 250 Betten habe. In Reaktion auf die steigende Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber habe das Land die Stadt Bielefeld per Erlass aufgefordert, den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtung mit einer erweiterten Bettenkapazität von insgesamt 450 Betten neu auszuschreiben. Die Ausschreibung bedeute nicht zwingend, dass die Unterkunft am Südring ausgeweitet werde. Denkbar sei auch ein Neubau oder Umbau eines vorhandenen Gebäudes an anderer Stelle im Stadtgebiet. Die Ausschreibung müsse insoweit offen formuliert werden. Eine Erhöhung der Bettenzahl im Bereich der Erstaufnahme bedeute für die Stadt Bielefeld, dass vom Land künftig entsprechend weniger Flüchtlinge dauerhaft zugewiesen würden. Das Flüchtlingsaufnahmegesetz sehe ab 2014 eine Anrechnung auf die Zuweisungsquote im Verhältnis 1:1 vor. Die Finanzierung der Erstaufnahmeeinrichtung erfolge zu 100 % durch das Land. Er beabsichtige, die Politik über den Sachstand im nächsten Haupt- und Beteiligungsausschuss am 7. November umfassend zu informieren.

Zu Punkt 2.4 Wahl des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Clausen informiert, dass er entsprechend des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Demokratie vom 20. März 2013 von seiner Möglichkeit Gebrauch machen wolle, bereits in 2014 die Wahl des Rates mit der des Oberbürgermeisters zusammen zu legen. Er beabsichtige, schon zur anstehenden Kommunalwahl am 25. Mai 2014 erneut als Oberbürgermeister zu kandidieren. Seine Entscheidung beruhe auf drei Gründen:

- a. Durch die frühestmögliche Zusammenlegung der Wahlen spare der Stadt erhebliche Kosten. Eine gesonderte Oberbürgermeister-Wahl koste in Bielefeld zwischen 300.000 und 400.000 €.
- b. Durch die Zusammenlegung der Wahlen erreiche er eine höhere Wahlbeteiligung, was wiederum die Legitimation der Gewählten/des Gewählten stärke.
- c. Vorwahlkampfphasen würden die Entscheidungen komplexer oder strategischer Fragen behindern und stören. Es sei besser, am 25. Mai 2014 die Wahlen insgesamt zu erledigen, um sich dann wieder auf die sachgerechte Bewältigung der vielen Fragen und Herausforderungen in Bielefeld konzentrieren zu können.

*Herr Oberbürgermeister Clausen übergibt den Vorsitz
Herrn Bürgermeister Helling.*

Zu Punkt 3 Anfragen**Zu Punkt 3.1 Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.09.2013)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6282/2009-2014

Wie wird sich die Stadt Bielefeld zum Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Ausweisung von Gewerbeflächen einlassen?

1. Zusatzfrage:

Wann und in welchen Gremien wird sich der Rat mit dem Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW befassen?

2. Zusatzfrage:

Besteht die Absicht eine Stellungnahme ggfs. gemeinsam mit anderen Kommunen zum Landesentwicklungsplan NRW abzugeben?

Herr Beigeordneter Moss antwortet, dass der von der Landesregierung am 26.02.2013 gebilligte Entwurf des Landesentwicklungsplanes der Stadt Bielefeld Ende August 2013 zu einer möglichen Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen durch die Staatskanzlei des Landes zugesandt worden sei. Die Stellungnahme könne bis zum 28.02.2014 abgegeben werden. Da der Landesentwicklungsplan neue Regelungen zu unterschiedlichen Themenbereichen (insbesondere Verkehr, Umwelt und städtebauliche Planung) beinhalte, würden zunächst die Dezernate und Ämter beteiligt. Diese Phase solle bis zum 18. Oktober 2013 abgeschlossen sein. Anschließend würden die Stellungnahmen der Dezernate und Ämter zu einer auf Verwaltungsebene abgestimmten und alle Themenbereiche umfassenden Stellungnahme zusammengefasst. Die Federführung zur Vorbereitung der Stellungnahme liege in Absprache mit Frau Beigeordnete Ritschel beim Dezernat 4. Vor dem Hintergrund dieses eingeleiteten Verfahrens könne naturgemäß der genaue Inhalt der Einlassung noch nicht mitgeteilt werden.

Die abgestimmte Verwaltungsstellungnahme solle in den politischen Gremien im Dezember 2013 bzw. im Januar 2014 beraten und beschlossen werden. Schon jetzt sei absehbar, dass der Stadtentwicklungsausschuss, der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz sowie der Rat der Stadt Bielefeld beteiligt werden müssten. Ob weitere Ausschüsse zu beteiligen seien, müsse nach Auswertung der Dezernatsbeteiligung entschieden werden.

Auch der Städtetag NRW habe mit Schreiben vom 06.09.2013 die Kommunen des Landes aufgefordert, zur Vorbereitung einer die kommunalen Belange koordinierenden Stellungnahme Anregungen aus kommunaler Sicht vorzubringen. Es sei beabsichtigt, dieser Bitte

nachzukommen, so dass schon hierüber eine gemeinschaftliche kommunale Stellungnahme gewährleistet sei. Sollten sich nach Auswertung der Dezernatsbeteiligung spezielle regionale Betroffenheiten herauskristallisieren - wovon in OWL ausgegangen werde -, müsse überlegt werden, eine Stellungnahme im Verbund mit anderen Kommunen ggf. über den Regionalrat zu initiieren.

-.-.-

*Herr Bürgermeister Helling übergibt den Vorsitz
an Frau Bürgermeisterin Schrader.*

-.-.-

Herr Bürgermeister Helling (CDU-Fraktion) äußert seine Befürchtung, dass der neue Landesentwicklungsplan (LEP) gravierenden Einfluss auf die Stadt Bielefeld nehmen werde. Der Plan würde in die verfassungsrechtlich garantierte Planungshoheit der Gemeinden in OWL und ganz Nordrhein-Westfalen eingreifen. Die verfassungsrechtliche Verpflichtung des Landes, für annähernd gleiche Lebensverhältnisse in den Teilregionen zu sorgen, würde ad absurdum geführt. Die Möglichkeit der Wirtschaft, durch z.B. vorausschauende Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen Arbeitsplätze zu sichern, werde so äußerst schwierig. OWL habe als Modellregion dafür Sorge getragen und Vorschläge gemacht, wie man Bürokratie abbauen könne. Die im neuen LEP angedachten Verfahren würden dagegen zu einem Aufblähen der Bürokratie und zu endlosen Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren führen. Herr Hamann und er wollten im Regionalrat eine Stellungnahme für ganz OWL initiieren. Dadurch sehe er die Möglichkeit, das Eine oder Andere noch wesentlich zu verändern um positive Entwicklungen fortschreiben zu können. Er bitte den Rat um aktive Unterstützung.

-.-.-

*Frau Bürgermeisterin Schrader gibt den Vorsitz
an Herrn Bürgermeister Helling zurück.*

-.-.-

Herr Beigeordneter Moss berichtet ergänzend, dass die Industrie- und Handelskammern in NRW ein Positionspapier verfasst hätten. Weiterhin plane die Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld am 13.11.2013, von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr, eine Veranstaltung, in der Vertreter/-innen aus Düsseldorf, aus der Region und des Regionalrates ihre Position zum Sachverhalt vortragen würden. Veranstaltungsort sei voraussichtlich Detmold oder Lage. Er würde es begrüßen, wenn eine große Bielefelder Delegation an der Veranstaltung teilnehme.

-.-.-

Zu Punkt 4

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 136 für die Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in der Produktgruppe Wahlen 11.02.14

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6043/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 136, die am 23.07.2013 durch Herrn Oberbürgermeister Clausen und Herrn Ratsmitglied Lux zur Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in der Produktgruppe Wahlen - 11.02.14 - getroffen worden ist.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-
*Herr Bürgermeister Helling gibt den Vorsitz an
 Herrn Bürgermeister Clausen zurück.*

-.-.-

Zu Punkt 5

Erhöhung der Geschäftsanteile an der Interargem GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6135/2009-2014

Herr Hamann (SPD-Fraktion) bedankt sich für das gute Verhandlungsergebnis. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, weil die Müllverbrennungsanlage in Bielefeld zusammen mit der Anlage in Hameln die Entsorgung in OWL sicherstelle. Auch könne die Anlage als Kraftwärmekopplungsanlage 30.000 Wohneinheiten in der Innenstadt mit Fernwärme bzw. 50.000 Haushalte mit Strom versorgen. Die Müllverbrennungsanlage weise zudem eine hohe Rentabilität auf und sei ein wichtiger Baustein im Energiekonzept der Stadt Bielefeld. Mit dem Rückkauf werde der Wille zur interkommunalen Zusammenarbeit dokumentiert. Die geplante Weitergabe von Geschäftsanteilen an die Städte und Gemeinden in der Region diene der Kundenbindung und dem Unternehmen selbst. Insgesamt sei der Rückerwerb eine wichtige politische Entscheidung für die Region.

Herr Oberbürgermeister Clausen beantwortet Fragen, die ihm Herr Schmelz vorab zu diesem Tagesordnungspunkt zugeleitet habe. Die Antwort ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) macht deutlich, dass durch eine kommunale Mehrheit auf die Müllverbrennungsanlagen Einfluss genommen werden könne und in beschränktem Umfang auch eine Kontrolle möglich sei. Ihre Fraktion wolle nicht, dass durch einen Investor, der im Wesentlichen das Ziel verfolge, eine Rendite zu erwirtschaften, der Substanzerhalt gefährdet werde und möglicherweise auch eine Verschlechterung der Emissionswerte eintrete. Wesentlicher Punkt der Verhandlungen sei deshalb auch gewesen, es sicherzustellen, dass Investitionen in erheblichem Umfang getätigt werden können, um den Verbrennungsvorgang zu optimieren und um den Rauchgasstandard zu erhalten. Die Müllverbrennungsanlage überschreite schon heute in hohem Maß die Anforderungen, die an eine thermische Abfallbehandlung gestellt würden und sei ein wichtiger Bestandteil des Energiekonzepts

der Stadt Bielefeld. 50% des Stromes, den die Anlage erzeuge, könne als Grüner Strom deklariert werden. Durch ausgehandelte Verträge mit Nachbarkommunen in OWL sei eine hohe Auslastung der Anlage mit kurzen Transportwegen garantiert. Deshalb werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage zustimmen. Die Beteiligung von Nachbargemeinen werde dabei von ihrer Fraktion ausdrücklich begrüßt.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) schließt sich den Aussagen der Vorredner/-in an. Er weist auf nicht kalkulierbare Risiken hin, wie z.B. die Strompreise, die nicht berechenbar seien oder die Abfallmengen, die sinken sollten, obwohl eine hohe Auslastung der Anlage gewünscht werde. Dennoch sollte die Chance genutzt werden, um die strategischen Ziele des Klimaschutzes, der Ent- und Versorgungssicherheit sowie der interkommunalen Teilhabe umsetzen zu können. Seine Fraktion werbe daher für den Erwerb der Geschäftsanteile.

Herr Schmelz (Bürgernähe) erklärt, dass er die Rekommunalisierung der Versorgungsinfrastruktur in Bielefeld nur befürworten würde, wenn der geplante Rückkauf bar bezahlt werden könnte. Eine Finanzierung über Kredite führe dazu, dass Bielefeld möglicherweise zukünftig bei zurückgehenden Abfallmengen für die Auslastung der Müllverbrennungsanlage Müllmengen von weit her, ggf. sogar aus dem Ausland beschaffen müsse. Neben der Frage der Wirtschaftlichkeit kritisiert er, dass der Rat sich für einen Zeitraum von 2017 bis 2021 festlege und damit ein Diktat für künftige Stadträte schaffe. Die Verbrennung, der zunehmende Mülltourismus, der produzierte Sondermüll, der Feinstaub, die Stickoxide sowie eine Vielzahl weiterer Schadstoffe würden das Klima und die Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen belasten. Deshalb sollten die Anteile der Stromerzeugung weder der Stadtwerken Bielefeld GmbH als erneuerbare Energien noch den Bielefelder Klimaschutzziele zugerechnet werden.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) beklagt, dass der Rückkauf der Geschäftsanteile an der Müllverbrennungsanlage, die eine hohe Rentabilität aufweise, nur in Etappen bis zum Jahr 2021 möglich sei. Da es aber wichtig sei, die Anlage wieder in kommunaler Hand zu betreiben und so die Standards halten zu können, werde ihre Fraktion der Vorlage zustimmen.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) weist Herrn Schmelz und Frau Schmidt darauf hin, dass das vorliegende Vertragswerk ein Ersatz für das ggf. lange und im Ergebnis nicht kalkulierbare Verfahren der Put-Option sei. Die CDU-Fraktion werde dem Erwerb der Geschäftsanteile zustimmen, weil die Müllverbrennungsanlage wirtschaftlich geführt werde und von strategischer Bedeutung sei (die Anlage könne mit ihrer Stromproduktion den gesamten Stadtbezirk Heepen versorgen und sei wichtig für die Fernwärmeversorgung der Innenstadt). Damit sei sie ein wichtiges strategisches Merkmal des Energiekonzeptes. Da die Müllverbrennungsanlage eine Entsorgungsfunktion für OWL haben könne, begrüße seine Fraktion die Absicht, die Nachbarkommunen und -kreise miteinzubeziehen. Für ihn sei wichtig, dass die Anlage weiterhin wirtschaftlich geführt werde, damit der bestehende hohe Standard aufrechterhalten werden könne. Insofern danke er der der Stadtwerke

Bielefeld GmbH, dass bisher alle notwendigen Investitionen vorgenommen worden seien.

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt abschließend den Geschäftsführern der Stadtwerke Bielefeld GmbH für das gute Verhandlungsergebnis.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die strategischen Optionen, die sich durch den Erwerb weiterer Geschäftsanteile an der Interargem GmbH (IAE) für das Unternehmen Stadtwerke Bielefeld GmbH (SWB GmbH), für den mittelbar mehrheitlichen Einfluss auf die Müllverbrennungsanlage Bielefeld sowie für Entwicklungsoptionen in der Region ergeben.
2. Der Rat stimmt daher der Erhöhung der Geschäftsanteile durch die SWB GmbH an der Interargem GmbH in einem dreistufigen Verfahren zu, in dessen letzter Phase SWB GmbH rd. 97 % der Anteile halten werden.
3. Im ersten Schritt erfolgt die Übernahme von 10% der Anteile zum 01.07.2013, in einem zweiten Schritt zum 01.01.2017 von mindestens weiteren 5%, und damit die Übernahme der Kapital- und Stimmrechtsmehrheit, jeweils zu einem bereits fest vereinbarten Kaufpreis.
4. Bezüglich der verbleibenden dann noch von EEW – Energy from Waste AG (EEW) gehaltenen Anteile (rd. 46 %) stimmt der Rat
 - a) einem einseitigen Andienungsrecht der EEW (mit entsprechender verbindlicher Abnahmepflicht der SWB GmbH) im Zeitraum vom 01.01.2017 – 31.12.2021 zu einem indizierten Preis sowie in einem bereits vereinbarten Preiskorridor sowie
 - b) der Vereinbarung eines einseitigen Erwerbsrechts durch die SWB GmbH ereignisabhängig im Zeitraum vom 01.01.2017-31.12.2019 bzw. ereignisunabhängig vom 01.01.2020-31.12.2021, in beiden Zeiträumen zu einem indizierten Preis sowie in einem bereits vereinbarten Preiskorridor (Zustimmung des Rates erforderlich)
 zu.
5. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt zur Kenntnis, dass der der Vorlage als Anlage beigefügte Gesellschaftsvertrag nicht vollständig den kommunalrechtlichen Vorgaben entspricht. Gleichwohl wird der ab 01.01.2017 geltende Gesellschaftsvertrag der Interargem GmbH beschlossen mit der Maßgabe, dass dieser nach Übernahme aller bisher von EEW gehaltenen Geschäftsanteile vollständig an die kommunalrechtlichen Vorgaben anzupassen ist.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, das Anzeigeverfahren nach § 115 Abs. 2 GO NRW bei der Bezirksregierung einzuleiten.

Die Beschlussfassungen zu den Punkten 2-5 stehen unter dem

Vorbehalt, dass das Anzeigeverfahren positiv abgeschlossen wird.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Bielefeld zum 31.12.2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6211/2009-2014

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. vor Eintritt in die Tagesordnung).

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 7 **Prüfaufträge des Rates zum Haushalt 2013 hier: Senkung der Verlustausgleiche an städt. Unternehmen, eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sowie weitere Einrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5997/2009-2014

Ohne Aussprache nimmt der Rat die Ergebnisse der Prüfaufträge zum Haushalt 2013 zur Senkung der Verlustausgleiche an Städt. Unternehmen, eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sowie weitere Einrichtungen zur Kenntnis.

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 8 **Konkretisierung der mit dem Haushalt 2013 für den Haushalt 2014 beschlossenen pauschalen Haushaltsverbesserung von 4,0 Mio. €**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6086/2009-2014

Herr Werner (CD-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion sich mit Teilen der vorgelegten Liste des Oberbürgermeisters nicht identifizieren könne, sie zum jetzigen Zeitpunkt aber keine vorgezogenen Haushaltsberatungen führen wolle. Insofern sei die Liste, die an die Bezirksregierung weitergeleitet werden solle, nicht verbindlich. Um deutlich zu machen, dass die CDU-Fraktion die Konkretisierungsvorschläge nicht sanktioniere, werde seine Fraktion die Vorlage ablehnen.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) bezeichnet die Maßnahmen der Konkretisierungsliste zum Teil als „Augenwischerei“, zum Teil als unverantwortlich. Ihre Fraktion werde der Vorlage daher nicht zustimmen. Sie stellt für Ihre Fraktion den Antrag, die Maßnahme 19 „Einführung eines Steuerprüfdienstes für die Gewerbesteuer“ vorzuziehen und

umzusetzen. Mit den durch diese Maßnahme zu erzielenden 180.000 € Mehreinnahmen könnten die Sanierungskosten für das Freibad Gadderbaum und andere soziale Ausgaben finanziert werden.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) macht deutlich, dass die Verwaltung auftragsgemäß für die von der Bezirksregierung geforderte Konkretisierung der Haushaltsverbesserungen in Höhe von 4 Mio. € Vorschläge vorgelegt habe, die nunmehr im Rahmen der Haushaltsberatungen zu diskutieren seien. Er appelliert an die CDU-Fraktion, sofern sie mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden sei, qualifizierte Gegenvorschläge zum Haushalt zu machen und so ihre Verantwortlichkeit in der Kommunalpolitik zu zeigen.

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass es Ziel seiner Fraktion sei, die Legislaturperiode mit genehmigungsfähigen Haushalten und Haushaltssicherungskonzepten abzuschließen. Für die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2013 müsse die Stadt Bielefeld gegenüber der Bezirksregierung die beschlossenen 4 Mio. Minderaufwendungen bis 30.09.2013 konkretisieren; diese Forderung habe die Verwaltung mit der eingebrachten Vorlage erfüllt. Die Liste der Konsolidierungsmaßnahmen solle fristgerecht der Bezirksregierung vorgelegt werden, jedoch müsse jede einzelne Maßnahme im Rahmen der Haushaltsberatungen bewertet und ggf. verändert oder ersetzt werden. Dabei müsse das Konsolidierungsvolumen von insgesamt 4 Mio. € beibehalten werden. Da jetzt keine vorgezogenen Haushaltsberatungen geführt werden sollten, lehne seine Fraktion den Antrag der Fraktion Die Linke ab.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass - da eine Haushaltsdebatte an dieser Stelle nicht gewünscht sei - der Bezirksregierung Detmold ein vorläufiges Ergebnis präsentiert werden müsse, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2013 nicht zu gefährden. Bevor weiter über einzelne Maßnahmen gesprochen werde, sollte jedoch die Antwort der Bezirksregierung abgewartet werden, inwieweit mit der vorgelegten Liste die Nebenstimmungen zum Haushalt 2013 erfüllt seien. Seine Fraktion plädiere dafür, entsprechend der Beschlusslage, sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite zu konsolidieren, insgesamt mehr Aufwandsreduzierungen vorzunehmen. Hinsichtlich des Antrags der Fraktion Die Linke, einen Steuerprüfdienst einzuführen, sieht Herr Buschmann das Verhältnis von Kosten und Nutzen als nicht ausgewogen an.

Herr Delius (BfB-Gruppe) verweist auf die „millionenschweren“ Einsparvorschläge seiner Gruppe wie z. B. den Ergebnisabführungsvertrag, den seine damalige Fraktion bereits 2006 gefordert habe oder die Einsparungspakte von 2002. Statt - wie vereinbart- die Steuererhöhungen von 2002 wieder zurückzunehmen, sobald der Haushalt ausgeglichen sei, habe man die Zahl der Ratsmitglieder erhöht und die Beigeordnetenstellen aufgestockt. Auch der Plan von Frau Stadtkämmerin Kuban, die Bezirksvertretungen zu reduzieren, sei nicht umgesetzt worden. Seines Erachtens könne der Haushalt nicht mit den in der Maßnahmenliste enthaltenen Kleinbeträgen saniert werden. Vielmehr sollte mit Hilfe einer Liste aller freiwilligen Aufgaben der „großen Wurf“ gemacht werden.

Frau Geilhaar (fraktions- und gruppenloses Ratsmitglied) hält es ebenfalls für erforderlich, die vorgelegte Maßnahmenliste an die Bezirksregierung weiterzuleiten, auch wenn aus ihrer Sicht noch weitere Einsparungen wie z.B. Verzicht auf externe Berater oder Deckelung der Aufwendungen für Gutachten möglich wären.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) erklärt, dass die angesprochene Aufwandsreduzierung für Ihre Fraktion mit Personal-, Sozial- und Leistungsabbau gleichzusetzen sei und sie dies nicht mittragen werde.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) geht auf den Redebeitrag von Herrn Delius ein und erläutert, dass insbesondere aufgrund von Gesetzesänderungen im Jugend- und Sozialbereich Personalerweiterungen notwendig gewesen seien, die zu nicht ausgleichbaren Kostensteigerungen geführt hätten. Im Übrigen seien in politischer Verantwortung von CDU und BfB Schulden nicht ab-, sondern aufgebaut worden. Die SPD habe sich immer für mehr Demokratie ausgesprochen und weise insofern den Vorwurf hinsichtlich der Vergrößerung des Rates und der Reduzierung der Bezirksvertretungen zurück.

Herr Schmelz (Bürgernähe) erklärt, dass er von den 84 Maßnahme-Vorschlägen 34 befürworten, 21 noch prüfen und den Rest ablehnen werde. Bei der Abstimmung werde er sich enthalten.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke vom 26.09.2013:

„Die Maßnahme 19 „Einführung eines Steuerprüfdienstes für die Gewerbesteuer“ wird vorgezogen und umgesetzt.“

- bei 5 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Entsprechend der Empfehlung des Finanz- und Personalausschusses fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Mit den in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Einzelmaßnahmen konkretisiert die Verwaltung die im Haushalt 2013 für 2014 vorgesehene Haushaltsverbesserung in Höhe von 4,0 Mio. € gegenüber der Bezirksregierung.**
- 2. Die Verwaltung wird diese Positionen im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2014 bei der Ansatzbildung entsprechend berücksichtigen. Der Rat bzw. die Fachausschüsse können im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wie bei allen anderen Positionen des Verwaltungsentwurfs Veränderungen bzw. weitere Aufwandsreduzierungen vornehmen.
Der Rat bittet die Verwaltung, diesen Prozess zu unterstützen.**

- bei 1 Enthaltung mit Mehrheit beschlossen –

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 9 Ermächtigungsübertragungen -investiv- von 2012 nach 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6167/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass sich in den Beschlusstext ein Schreibfehler eingeschlichen habe. Aus der beigefügten listenmäßigen Darstellung ergeben sich Ermächtigungsübertragungen mit einem Volumen in Höhe von 9.026.394 € und nicht – wie im Beschluss ausgeführt – in Höhe von 9.025.394 €.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Den in der Anlage 1 und 1a zur Vorlage aufgeführten Ermächtigungsübertragungen von 2012 nach 2013 im Finanzplan mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 9.026.394 € wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

--

Zu Punkt 10 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß der Anlage zum Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 17.09.2013 Kenntnis.

--

Zu Punkt 11 Grundschulverbund Dornberg mit Schröttinghausen-Deppendorf

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5960/2009-2014/1

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die bisher selbständige Gemeinschaftsgrundschule Schröttinghausen-Deppendorf, Horstkotterheide 22, 33739 Bielefeld, wird aufgelöst und ab dem 01.11.2013 als Teilstandort im Verbund mit der bestehenden selbständigen Gemeinschaftsgrundschule Dornberg, Großer Kamp 47, 33619

Dornberg, als Stammschule geführt.

2. Vorbehaltlich der Anhörung der Schulkonferenz bzw. der Teilschulkonferenzen der künftigen Verbundschule soll die Schule die Bezeichnung „Städt. Gemeinschaftsgrundschule Dornberg-Schröttinghausen – Grundschulverbund – Primarstufe“ tragen.
3. Die Verwaltung und die Schulaufsicht werden gebeten, die von den Schulkonferenzen der Grundschulen Dornberg und Schröttinghausen-Deppendorf genannten Voraussetzungen für den Grundschulverbund im rechtlich und finanziell möglichen Umfang zu erfüllen und positiv zu steuern und zu begleiten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5792/2009-2014/1

Beratungsgrundlagen:

Drucksache 5792/2009-2014

6310/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass er den vorliegenden Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke für rechtswidrig halte, da dieser in sein gesetzlich gesichertes Organisationsrecht eingreife. Sollte der Rat den Antrag beschließen, werde er den Beschluss beanstanden.

Frau Ilgün (Fraktion Die Linke) bittet, den Antrag als Wunsch und Empfehlung des Rates zu verstehen und wie folgt zu ändern:

„Der Beschlussvorschlag ist zu ergänzen um:

1. *Die sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen sollte wie bislang in der Zuständigkeit der Fachstelle für Flüchtlinge beim Amt für Integration bleiben.*
2. *Die vorhandenen und die 2 Mehrstellen für sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen sollten beim Amt für Integration angesiedelt werden.“*

Die betroffenen Flüchtlinge bräuchten eine klare Struktur, was bei der bisherigen Aufgabentrennung (sozialarbeiterische Betreuung beim Amt für Integration und Unterbringung und Unterhaltsleistungen beim Sozialamt) gegeben sei. Sie begründet den Antrag weiterhin damit, dass entsprechend des Integrationskonzepts die Betreuung fachlich-inhaltlich im Kontext zur Integration bleiben müsse und die Flüchtlingsberatung die psychosoziale Grundversorgung der in Bielefeld lebenden Flüchtlinge sicherstelle.

Frau Bürgermeisterin Schrader (SPD-Fraktion, Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses) berichtet, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss entsprechend der Verwaltungsvorlage entschieden habe und sie dafür plädiere, bei diesem Beschluss zu

bleiben.

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Linke) begrüßt die Einrichtung von 2 Mehrstellen zur Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgabe und betont, dass sie eine zeitnahe Umsetzung erwarte, um die prekäre Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Sie befürworte den Vorschlag, die Hilfen aus einer Hand zu geben, zumal sie Integration als eine gesamtstädtische Aufgabe sehe, die von allen Ämtern wahrzunehmen sei. Wichtig sei, den Flüchtlingen, die teilweise traumatisiert seien und sich in einer neuen Kultur zurechtfinden müssten, adäquate Unterstützung zukommen zu lassen. Deshalb sei bei der Stellenbesetzung insbesondere auf interkulturelle Kompetenz, Kenntnisse der Kulturkreise und entsprechende Sprachkenntnisse bei den Bewerberinnen/Bewerbern zu achten. Sie bittet den Rat, entsprechend des Fachausschusses zu entscheiden.

Herr Weber (CDU-Fraktion) sieht ebenfalls die Notwendigkeit der dargestellten Betreuung der Flüchtlinge. Wichtig sei ihm dabei, dass die beiden Mehrstellen nicht zu einer Ausweitung des Stellenplanes führten, sondern im Gesamtstellenplan gedeckt seien. Insofern begrüße seine Fraktion die Verwaltungsvorlage und werde sie mittragen. Den Antrag der Fraktion Die Linke werde seine Fraktion ablehnen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke vom 26.09.2013:

Der Beschlussvorschlag ist zu ergänzen um:

1. Die sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen sollte wie bislang in der Zuständigkeit der Fachstelle für Flüchtlinge beim Amt für Integration bleiben.
2. Die vorhandenen und die 2 Mehrstellen für sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen sollten beim Amt für Integration angesiedelt werden.

- bei 5 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die zwei Mehrstellen im Sozialamt für die sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen sind durch Ausweitung des Stellenplanes sicherzustellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Verlagerung der Unterbringung von Flüchtlingen von den bestehenden Objekten Teichsiede 12a - 16a und Stadtring 79/79a in das Haus Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6015/2009-2014

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Vor Eintritt in die Tagesordnung).

-.-.-

Zu Punkt 14

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01
"Greifswalder Straße" für das Gebiet südlich der Brokstraße
im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB
- Stadtbezirk Stieghorst -
Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6078/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ für das Gebiet südlich der Brokstraße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) wird mit Text und Begründung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
2. Der Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ als Satzung ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Die Bebauungsplanänderung ist gemäß § 10 (3) BauGB zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 15

**Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG
NRW für das Jahr 2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6035/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Verwendung der finanziellen Mittel aus der ÖPNV-Pauschale des Jahres 2013 (3.180.000 €) nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW:

- Max. 630.000 € werden als Aufgabenträgeranteil zur Verbesserung des ÖPNV eingesetzt.

- Die an Verkehrsunternehmen weiterzuleitenden Mittel in Höhe von ca. 2.550.000 € werden zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungsaufträge verwendet.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die exakte Höhe der Mittelverteilung zwischen den Unternehmen nach Maßgabe der diesbezüglich bestehenden Finanzierungsverträge bzw. -regelungen festzulegen.
- Sollte der Aufgabenträgeranteil nicht in voller Höhe bis 30.06.2014 verausgabt worden sein, erhält die moBiel GmbH die verbleibenden Restmittel als Betriebskostenzuschuss.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16

Neufassung der Satzung zum Umwelt- und Klimaschutzpreis und Aufhebung der Förderrichtlinie zur energetischen Sanierungsberatung (Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5807/2009-2014

Herr Werner (CDU-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion es angesichts der Finanzlage der Stadt Bielefeld für ein falsches Signal halte, den Umwelt- und Klimaschutzpreis mit 5.000 Euro materiell zu hinterlegen. Der Preis, der für besonders nachahmenswertes Engagement bzw. beispielhafte Projekte zur Energieeffizienz vergeben werden soll, werde auch als ideeller Preis eine besondere Auszeichnung der Stadt Bielefeld darstellen. Da seine Fraktion den Punkt 1 des Beschlussvorschlages ablehne, bitte er um getrennte Abstimmung.

Beschluss:

1. Die „Satzung der Stadt Bielefeld über die Verleihung eines Umwelt- und Klimaschutzpreises“ wird gem. Anlage 1 der Vorlage beschlossen.
2. Die „Bielefelder Richtlinie über die Förderung baubegleitender energetischer Beratung bei Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden im Stadtgebiet“ wird zum 31.12.2013 aufgehoben.

Zu 1: - bei 1 Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

Zu 2: - einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 17

1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen

Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld vom 19.12.2008 (OF-VO)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5836/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die 1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld vom 19.12.2008 (OF-VO) wird gemäß Anlage 1 der Vorlage beschlossen.

- bei 1 Enthaltung mit Mehrheit beschlossen –

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 18

4. Änderung des Landschaftsplanes Bielefeld - Senne zur Erweiterung des Naturschutzgebietes 2.1-6 "Kampeters Kolk" und zur Ausweisung des Naturschutzgebietes 2.1-23 "Rieselfelder Windel"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5969/2009-2014

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Linke) würdigt den Prozess, der viele Jahre gedauert habe und nur mit viel bürgerschaftlichem Engagement möglich gewesen sei. Letztlich habe das Engagement dazu geführt, dass heute ein Naturschutzgebietes von über 100 ha in Bielefeld beschlossen werde. Sie berichtet über die Entwicklung der Rieselfelder Windel vom Bau im Jahr 1938, über die Anlage eines Schönungsteiches und einer Kläranlage bis hin zur Überführung in die Stiftung Rieselfelder Windel im Jahr 1995. Es sei wichtig, ein solches Naturschutzgebiet vorzuhalten, um auch seltenen Vogelarten ein Überleben ermöglichen zu können. Sie dankt allen Beteiligten für ihr Engagement und bittet um breite Zustimmung zur Vorlage.

Beschluss:

1. Folgende Anregungen und Bedenken werden abgewiesen:

- **Bezirksregierung Detmold, Dezernat 51.3 (Anlage 1 Ziffer 2.2 a – d)**
- **LWL Archäologie für Westfalen, Außenstelle Bielefeld (Anlage 1, Ziffer 2.6)**
- **Geologischer Dienst NRW, Landesbetrieb (Anlage 1, Ziffer 2.8)**
- **Waldbauernverband Nordrhein – Westfalen e. V.,**

- Bezirksgruppe Bielefeld (Anlage 1, Ziffer 2.11 a und b)
- Landwirtschaftskammer Nordrhein - Westfalen, Bezirksstelle für Agrarstruktur Ostwestfalen – Lippe (Anlage 1, Ziffer 2.12)
 - Westfälisch - Lippischer Landwirtschaftsverband e. V. Kreisverband Bielefeld (Anlage 1, Ziffer 2.13 a bis d)
 - Deutsche Telekom Technik GmbH PT113 (Anlage 1, Ziffer 2.17 a und b)
 - Stadtwerke Bielefeld GmbH, Netzinformation und Geodaten – ND1 (Anlage 1, Ziffer 2.20 a bis d)
 - RWE Westfalen-Weser-Ems, Netzservice GmbH, Regionalcenter Münster, Netzplanung (V-MP) (Anlage 1, Ziffer 2.22)
 - Einwender 3.5, vertreten durch Westfälisch - Lippischer Landwirtschaftsverband e. V. Kreisverband Bielefeld (Anlage 2, Ziffer 3.5 a bis f)
 - Einwenderin 3.40, vertreten durch Westfälisch - Lippischer Landwirtschaftsverband e. V. Kreisverband Bielefeld (Anlage 2, Ziffer 3.40 a bis g)
 - Einwenderin 3.46 (Anlage 2, Ziffer 3.46 a und b)
 - Einwenderin 3.51 (Anlage 2, Ziffer 3.51 a bis d)
2. Folgenden Anregungen und Bedenken wird teilweise stattgegeben:
- Waldbauernverband Nordrhein – Westfalen e. V., Bezirksgruppe Bielefeld (Anlage 1, Ziffer 2.11 c)
 - Einwender 3.1 und 3.30 (Anlage 2, Ziffer 3.1 und 3.30)
3. Die 4. Änderung des Landschaftsplanes Bielefeld - Senne wird mit der Begründung sowie den geänderten textlichen und zeichnerischen Festsetzungen gem. der Anlagen 1 bis 10 als Satzung beschlossen.
4. Die 4. Änderung des Landschaftsplanes Bielefeld - Senne ist, da einige Beteiligte der Änderung widersprochen haben, der Bezirksregierung als höhere Landschaftsbehörde gem. § 28 LG anzuzeigen.
5. Der Beschluss über die 4. Änderung des Landschaftsplanes Bielefeld - Senne als Satzung ist, sofern die höhere Landschaftsbehörde im Rahmen ihrer Prüfung nicht geltend gemacht hat, dass die Änderung nicht ordnungsgemäß zustande gekommen ist oder dem Landschaftsgesetz, den aufgrund des Landschaftsgesetzes erlassenen oder sonstigen Rechtsvorschriften widerspricht, ortsüblich bekannt zu machen und zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.
- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 19

3. Änderungssatzung zur Satzung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6089/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen in der Stadt Bielefeld vom 20.12.2004, geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 01.08.2005 und die 2. Änderungssatzung vom 19.06.2008 wird gemäß der Anlage zur Vorlage beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 20

Konzept zur Containersammlung von Altkleidern u. Altschuhen auf städtischen Flächen in Bielefeld und 1. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse u. Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.11

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5424/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das bestehende Erfassungssystem mit den karitativen Einrichtungen beizubehalten und von einer Rekommunalisierung der Altkleider-/Alt-schuhsammlung in Bielefeld abzusehen.
2. Der Rat beschließt das als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Konzept zur Containersammlung von Altkleidern und Altschuhen auf städtischen Flächen in Bielefeld.
3. Der Rat beschließt die als Anlage 2 zur Vorlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 21 Beirat für Stadtgestaltung - Nachfolge für Frau Prof. Dipl.-Ing. Swantje Kühn

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6061/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Prof. Dr. Andreas Uffelmann als Ersatzmitglied für die ausgeschiedene Frau Prof. Dipl.- Ing. Swantje Kühn in den Beirat für Stadtgestaltung.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 22 Entsendung von 2 Mitgliedern in den Beirat für die Psychiatrische Haftnachsorgeambulanz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6231/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat entsendet

- 1. den Oberbürgermeister, als seine Stellvertreterin die für Gesundheit zuständige Dezernentin und**
- 2. die Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Rat der Stadt Bielefeld, als ihre Stellvertreterin die stellvertretende Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Rat der Stadt Bielefeld**

in den Beirat für die Psychiatrische Haftnachsorgeambulanz.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 23 Entsendung in den Koordinierungskreis Zukunft MOBIELEFELD

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6235/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld benennt und entsendet die folgenden

Personen in den Koordinierungskreis Zukunft MOBIELEFELD

Herrn Bürgermeister Helling	CDU
Herrn Meichsner	CDU
Frau D. Brinkmann	SPD
Herrn Fortmeier	SPD
Herrn Julkowski-Keppler	Bündnis90/Die Grünen
Herrn Bolte	FDP
Herrn Vollmer	Die Linke.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 24**Einrichtung einer Arbeitsgruppe des Schul- und Sportausschusses zur Umsetzung der schulischen Inklusion in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6244/2009-2014

Herr Dr. Witthaus informiert, dass es hinsichtlich der Besetzung (s. Begründung der Vorlage) eine Veränderung gegeben habe. Die CDU-Fraktion habe Herrn Rüther und Herrn Kleinkes sowie Frau Brinkmann als Vertreterin benannt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Es wird eine Steuerungsgruppe zur Umsetzung der schulischen Inklusion in Bielefeld eingerichtet. Die Steuerungsgruppe besteht aus folgenden Vertreterinnen bzw. Vertretern:

CDU:	2 Teilnehmer/innen
SPD:	2 Teilnehmer/innen
Bündnis 90/Die Grünen:	1 Teilnehmer/in
FDP:	1 Teilnehmer/in
Die Linke:	1 Teilnehmer/in
BfB:	1 Teilnehmer/in
Bürgernähe:	1 Teilnehmer/in
Behindertenbeirat:	1 Teilnehmer/in

sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung, Schulaufsicht und Schulen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 25 **Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)**

Zu Punkt 25.1 **Beirat der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede (Antrag der CDU-Fraktion vom 24.09.2013)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6302/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Beirat der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede

Bisher: Herr Ralf Sprenkamp

Neu: Frau Ursel Meyer

- einstimmig beschlossen -

Clausen
Oberbürgermeister
Vorsitz
(außer TOP 3)

Helling
Bürgermeister
Vorsitz
(TOP 3, teilweise)

Schrader
Bürgermeisterin
Vorsitz
(TOP 3, teilweise)

Stude
Schriftführung